DRK Trägergesellschaft Süd-West

DRK Krankenhaus GmbH Rheinland-Pfalz DRK Krankenhaus GmbH Saarland



Presseinformation

Ansprechpartner

Geschäftsführer Bernd Decker

Auf der Steig 14 55131 Mainz Tel. (0 61 31) 9 82 45-0 (Sekr.) Fax (0 61 31) 9 82 45-20 www.drk-khg.de **08. August 2019**

Transparenz und Diskussion mit Beteiligten: Beginn des Prozesses zur Standortsuche der DRK Krankenhäuser in Altenkirchen und Hachenburg

- Gemeinsame Sitzung mit großen Übereinstimmungen

Altenkirchen/Hachenburg. Die beiden DRK Krankenhäuser in Hachenburg und Altenkirchen sollen zusammengelegt werden. Es soll ein neues Krankenhaus entstehen, das modernen Anforderungen entspricht und in dem die Kompetenzen beider Häuser gebündelt werden. Dazu beauftragte die DRK Trägergesellschaft Süd-West mbH das BAB Institut für betriebswirtschaftliche und arbeitsorientierte Beratung GmbH, Hamburg, mit der Erstellung eines neutralen Gutachtens zur Suche nach einem geeigneten Standort. Damit soll sichergestellt werden, dass die Suche offen und transparent gestaltet wird, die Anregungen aller Beteiligten und die Anforderungen an den Neubau zusammengeführt sowie Qualität und Wirtschaftlichkeit berücksichtigt werden.

"Unser Ziel ist es, eine möglichst gute Versorgung der Bevölkerung im Westerwald sicherzustellen", betont Rainer Kaul, Präsident des DRK-Landesverbandes und Aufsichtsratsvorsitzender.

Angespannte wirtschaftliche Situation

Die wirtschaftliche Situation ist in zahlreichen Krankenhäusern überaus angespannt. Besonders betroffen sind vor allem ländliche Häuser mit weniger als 200 Betten. Gerade diese Häuser stehen unter dem Druck, sich für die Zukunft wirtschaftlich überlebensfähig aufzustellen. Verantwortlich für diese angespannte Situation sind die bundespolitischen Vorgaben zur Krankenhaus-Finanzierung, denn: die Finanzierung der unabwendbaren Kostenentwicklungen werden durch die vorgegebenen Einnahmensteigerungen nicht gedeckt.

Zudem gestaltet sich die Nachbesetzung von freien Stellen, insbesondere im ärztlichen und pflegerischen Bereich, immer schwieriger. Auch sinkt die Patientenzahl dank neuer Behandlungsmethoden, minimal-invasiven oder ambulanten Operationen und der zunehmenden Spezialisierung. Hinzu kommt die kürzere Verweildauer der Patienten im stationären Bereich. Zusätzlich macht die Sogwirkung großer Kliniken in Großstädten den kleineren Häusern zu schaffen. Dies hat zur Folge, dass zunehmend Krankenhäuser kooperieren oder fusionieren. Manche Einrichtungen schlittern in wirtschaftliche Turbulenzen, holen sich Sanierer ins Haus oder werden sogar insolvent.



Qualifizierte Behandlung sicherstellen

Auch die DRK Trägergesellschaft Süd-West mbH ist von dieser Entwicklung betroffen. Sie führt unter ihrem Dach 11 Krankenhäuser an 13 Standorten in Rheinland-Pfalz und im Saarland. Insbesondere die DRK Krankenhäuser im Westerwald bereiten dem Träger zunehmend Sorgen. "Um unser Ziel der qualifizierten Versorgung auch zukünftig zu erreichen, müssen wir jetzt mutig und weitsichtig handeln", macht Bernd Decker, Geschäftsführer der DRK Trägergesellschaft Süd-West, deutlich.

Akteure vor Ort

Zu einer gemeinsamen Sitzung zum neuen Standort eines gemeinsamen Krankenhauses trafen sich die Akteure vor Ort - Landräte, Bürgermeister, Mitglieder der Kuratorien, Abgeordnete und die Betriebsräte beider Standorte. Ebenfalls dabei waren Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Staatsministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz, Hendrik Hering, Landtagspräsident sowie der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit im Bundestag, Erwin Rüddel.

Erstes Gutachten bereits in 2014

Zunächst wurden die Vorgehensweise und die Beurteilungskriterien vorgestellt. Dabei erinnerten Achim Momm und Meike Thun vom Beratungsinstitut BAB an das bereits 2014 von ihnen erstellte Gutachten zur Standortanalyse der Häuser Hachenburg, Altenkirchen und Kirchen. Damals war es Ziel, ein medizinisches Gesamtkonzept für alle drei DRK Kliniken zu entwickeln. Ergebnis der Analyse seinerzeit: Einhäusigkeit für Altenkirchen und Hachenburg und eigenständige Profilierung von Kirchen. Die Ergebnisse und Empfehlungen dieses Gutachtens waren nun zu überprüfen und den mittlerweile verschärften Entwicklungen anzupassen.

Gute Erreichbarkeit

Für das neue Gutachten, das die Standortfrage eines gemeinsamen Hauses für Altenkirchen und Hachenburg klären soll, wurden sechs nachvollziehbare, objektive Kriterien festgelegt. Diese Kriterien sollen bewertet werden und in die Entscheidungsfindung einfließen. Dafür gab es zahlreiche Anregungen in der aktuellen Sitzung.

Einen wichtigen Rahmen für die Kriterien bildet der Krankenhausbedarfsplan des Landes Rheinland-Pfalz (2019 - 2025). Hier werden Aufgaben und Anforderungen für die Häuser benannt. Dazu zählen Flächenversorgung, fall-angemessene Erreichbarkeit und hochwertige Versorgung. Für die Grundversorgung soll ein Haus in 30 Minuten mit einem Auto erreichbar sein, für die Geburtshilfe gilt der Zeitraum von 40 Minuten.

Für den neuen Standort von Altenkirchen und Hachenburg wurden die Erreichbarkeiten enger definiert: das Haus soll innerhalb von 20 Minuten und einem Radius von 10 bis 20 Kilometern erreichbar sein. Auch hier gab es große Zustimmung von den Gesprächsteilnehmern.

Entscheidende sechs Kriterien

Als Merkmale für den optimalen Standort des Krankenhaus-Neubaus gelten: Einzugsgebiet und Anzahl der dort lebenden Menschen, Marktanteile und Marktpotenziale sowie Wettbewerber im Umfeld und mögliche Kooperationen. Als weitere Kriterien, die die Attraktivität des Standortes bewerten helfen, wurden Erreichbarkeit, Fahrzeiten für Notfälle, Patienten und Besucher (auch mit

öffentlichen Verkehrsmitteln), Flächenverfügbarkeit, Infrastruktur sowie die Attraktivität des Standortes für das Personal benannt. Alle diese Kriterien wurden in der Sitzung ausführlich vorgestellt und, wie auch geplante Vorgehensweise, von den Teilnehmern begrüßt.

"Wir geben Gas"

"Die Ernsthaftigkeit unserer Neubau-Entscheidung ist nicht mehr zu hinterfragen. Wir lassen das Projekt nicht zerreden. Wir sind fest entschlossen und werden jetzt mit aller Geschwindigkeit weitermachen", betont Rainer Kaul ausdrücklich.

Dabei ist der Träger offen für Gespräche mit anderen Kliniken, die sich eventuell mit ihren Kompetenzen beteiligen wollen. "Wir werden aber nicht auf andere warten. Wir geben Gas", so sein deutliches Statement. Genauso deutlich formulierte er das ambitionierte Ziel, in vier bis fünf Jahren den Neubau in Betrieb nehmen zu können. Europaweite Ausschreibungen werden für die Umsetzung notwendig sein.

Große Übereinstimmung

In der anschließenden Diskussion, die vom Landrat Michael Lieber souverän geleitet wurde, gab es unter den Teilnehmern große Übereinstimmung zu der vorgeschlagenen Einhauslösung und zum Neubau an einem neuen Standort mit mindestens 250 Betten.

"Wir begrüßen die Verständigung auf die Ein-Haus-Lösung, die ich als richtigen Schritt ansehe. Auf dem Weg zu diesem Ziel unterstützen und begleiten wir gerne", so Sabine Bätzing-Lichtenthäler. Noch deutlicher wurden die Betriebsräte der beiden Standorte in ihren Ausführungen: "Wir sehen die Einhauslösung als einzige Möglichkeit an, zu überleben. Wir freuen uns auf den Neubau und wünschen uns eine möglichst schnelle Standortentscheidung", so Heike Kunz vom Hachenburger Betriebsrat. Beide Betriebsräte sehen als derzeit größtes Problem, geeignete Mitarbeiter für die Standorte zu finden. "Da wird uns in Zukunft die Attraktivität des Neubaus helfen."

"Ich bin sehr angetan von der ruhigen, sachlichen und konstruktiven Diskussion in der heutigen Sitzung", erklärt Bernd Decker. "Und natürlich freue ich mich über die große Zustimmung. Es herrscht erkennbar Aufbruchsstimmung."

Weiteres Vorgehen

Mit der gleichen Transparenz und Offenheit, mit der der Prozess zur Standortsuche begonnen wurde, werden auch weiterhin die Gremien informiert werden. Das versprachen Rainer Kaul und Bernd Decker.

"Sobald wir Ergebnisse zur Standortsuche haben, werden wir diese auch vorstellen", erläutert der Aufsichtsratsvorsitzende die Vorgehensweise. "Jetzt ist es Aufgabe des Beratungsunternehmens BAB, mit den Bauämtern der betroffenen Kommunen die Verfügbarkeit und baurechtliche Realisierung zu prüfen", skizziert er die nächsten Schritte.

8. August 2019